

Zweifelhaftes Wirtschaftswunder: Mini-Jobs mit Maxi-Schaden

Anmoderation

Anja Reschke:

„Herzlich willkommen zu Panorama. Also, wer hätte das gedacht: Es geht uns blendend. Andere Länder der Europäischen Union reiben sich verwundert die Augen und blicken voll Neid auf Deutschlands neues Wirtschaftswunder. Aus der Regierung hört man Sätze wie Aufschwung XL, der Wirtschaftsminister selbst spricht sogar von Vollbeschäftigung.

O-Ton

Rainer Brüderle, FDP,
Bundewirtschaftsminister:

„In Bayern und Baden-Württemberg haben wir quasi Vollbeschäftigung, die vier vor dem Komma. Ein Rückgang der Arbeitslosenzahl auf unter drei Millionen im Herbst dieses Jahres ist erreichbar.“

Anja Reschke:

„Also, das klingt ja fantastisch. Aber eins haben wir doch gelernt im Kapitalismus: es gibt nichts umsonst. Irgendeiner zahlt am Ende. Und das sind wir alle. Denn wenn man mal genau auf diese spektakulären Arbeitsmarktzahlen blickt, stellt man schnell fest, es sind bei weitem nicht nur klassische Vollzeitjobs, auf denen dieses Wirtschaftswunder fußt. Fast jeder Fünfte arbeitet heute in einem Minijob. Ganze Unternehmen bauen ihre Umsätze nur auf Basis dieser 400-Euro-Kräfte auf. Und sparen immens viel Geld. Panorama über teure Arbeitsmarktförderung.“

Hier arbeiten sie seit Jahren am neuen Jobwunder. Sie alle wollen Arbeitslose in Arbeit bringen. Von Billigjobs redet hier keiner.

O-Ton

Angela Merkel,
CDU

„Sozial ist, was Arbeit schafft“

O-Ton

Guido Westerwelle,
FDP:

„Sozial ist das, was Arbeitsplätze schafft.“

O-Ton

Jürgen Rüttgers,
CDU:

„Sozial ist, was Arbeit schafft.“

Ein zentraler Schlüssel fürs Jobwunder: die Ausweitung der 400-Euro-Jobs, auch „Minijobs“ genannt. Sie sollen für Arbeitslose der Weg zum regulären Job sein, eine „Brücke in den Arbeitsmarkt“.

O-Ton

Wolfgang Clement,

Bundesarbeitsminister, 20.12. 2002:

„Wir schaffen die Möglichkeit eines Hineingleitens in einen regulären Arbeitsplatz. Das ist das Entscheidende.“

Für sie waren die Minijobs nicht der Einstieg, sondern der Ausstieg aus dem regulären Job. Ilona Kofler war bei der Kette Wohltatsche Buchhandlung beschäftigt.

Doch die wollte offenbar Personalkosten sparen, kündigte der Buchhändlerin. An ihrem Arbeitsplatz ist jetzt eine 400-Euro-Kraft.

O-Ton

Ilona Kofler,

Ehem. Angestellte:

„Es stehen da irgendwelche Aushilfen, die einfach für ganz wenig Geld da im Laden stehen. Das macht mich wütend und traurig.“

Allein in Berlin und Potsdam entließ die Buchladenkette dutzende regulär Beschäftigte - und stellte ganz zufällig dutzende Minijobber in den gleichen Filialen ein.

O-Ton

Ilona Kofler,

Ehem. Angestellte:

„Ich glaube, das ist eine Masche der Geschäftsführung: „Wie bekomme ich billige Arbeitskräfte?“ 400-Euro-Kräfte sind dazu ideal. Das würde aber niemand zugeben.“

Tatsächlich. Gegenüber Panorama bestreitet die Buchhandlung pauschal, reguläre Stellen durch Minijobs ersetzt zu haben. In jedem Fall liegt der Vorteil der Minijobs für den Arbeitgeber auf der Hand. Er spart Arbeitskosten. Eine Beispielrechnung aus dem Einzelhandel: Angenommen, das Lohnniveau vor Ort liegt bei sechs Euro Netto pro Stunde für den Verkäufer. Dann muss der Arbeitgeber im regulären Fall über 10,20 Euro bezahlen, denn es fallen ja Steuern und Sozialabgaben an. Die schöne Idee des 400-Euro-Jobs: Die Lohnkosten sinken. Damit der Verkäufer sechs Euro in der Tasche hat, muss der Arbeitgeber nur noch 7,80 Euro bezahlen. Denn die Steuer entfällt, und für die Sozialabgaben wird nur eine Pauschale fällig.

O-Ton

Prof. Peter Bofinger,

Wirtschaftsweiser:

„Der Minijob ist eindeutig ein Instrument, das im Interesse der Arbeitgeber liegt, insbesondere eben in Dienstleistungsbereichen, weil sie dadurch günstiger Arbeitskräfte bekommen als ohne diese Regelung, sie müssten ohne Minijob deutlich mehr bezahlen, um die Arbeitskräfte dann auch zur Beschäftigung zu bekommen.“

„Minijobs“ -glaubt man den Stellenanzeigen, wird aus der Ausnahme langsam die Regel.

In den letzten Jahren wuchs die Zahl der Minijobber stetig, 2003 waren es noch 5,5, inzwischen sind es 7,1 Millionen. Zum Vergleich: Einen regulären Job haben nur noch gut 27 Millionen Menschen. Also fast jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland ist ein Minijobber.

O-Ton

Prof. Gerhard Bosch,

Wirtschaftssoziologe:

„Es werden reguläre Beschäftigungen vernichtet, von denen ordentliche Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt werden und auch der Staat Steuereinnahmen erzielt. Das heißt, unser Sozialstaat wird eigentlich ausgehöhlt.“

Mini-Jobs: immer häufiger der Normalfall.

Beispiel: die Supermarktkette Netto. Gewerkschaftler Thomas Schneider betreut Minijobber in Sachsen und Thüringen. Nur allzu oft hört er, dass das Unternehmen lieber mehrere Minijobber einstellt, als einen Festangestellten. Statt Hineingleiten in reguläre Jobs eher Herausgleiten in Billigjobs.

O-Ton

Thomas Schneider,

Gewerkschaftler:

„Das sind Beschäftigte in Wirklichkeit, die die gleichen qualifizierten Tätigkeiten machen, wie die anderen Beschäftigten. Aber dafür wesentlich schlechter entlohnt werden. Mit der Absicht hier ganz einfach Profit zu machen. Um gut dazustehen als Unternehmen.“

Das lohnt sich offenbar. Gut ein Drittel der Angestellten bei Netto sind 400-Euro-Jobber. Stellungnahme von Netto: Das sei „branchenüblich“.

O-Ton

Prof. Gerhard Bosch,

Wirtschaftssoziologe:

„Wir haben die höchsten Wachstumsraten an schlecht bezahlter Beschäftigung in der ganzen Europäischen Gemeinschaft. Und die Politik hat eine riesige Verantwortung dafür. Sie hat mit den Minijobs und anderen Regulierungen etwa zur Leiharbeit, hat sie den Unternehmen neue Fenster aufgemacht für schlechte Bezahlung, für die Verletzung von Standards. Und diese Gelegenheit haben bestimmte Unternehmer mit Freude aufgegriffen.“

Nicht nur Unternehmen profitieren von den 400-Euro-Jobs. Auch gut betuchte Haushalte haben eine Möglichkeit gefunden, die Subvention für sich zu nutzen. So zum Beispiel Evelyn Patzki. Ihr Mann ist Gutverdiener. Mit ihrem 400-Euro-Job bessert sie nur ein bisschen die Haushaltskasse auf. Das ist bei dem hohen Familieneinkommen besonders lukrativ, denn der hohe Steuersatz fällt beim 400-Euro-Job einfach weg.

O-Töne

Evelyn Patzki,

400-Euro-Jobberin:

„Mein Mann ist selbstständig und hat schon ein relativ hohes Einkommen, muss demzufolge auch hohe Steuern zahlen, hat einen hohen Einkommensteuersatz und deshalb ist es für uns halt lukrativ, weil diese 400 Euro nicht auf dieses gesamt zu versteuernde Einkommen angerechnet werden.“

Panorama:

„Sie also da Steuern sparen?!“

Evelyn Patzki,

400-Euro-Jobberin:

„Genau.“

Das Geld von ihrem 400-Euro-Job im Steuerbüro bekommt sie Brutto für Netto – unabhängig vom hohen Steuersatz des übrigen Familieneinkommens.

O-Ton

Prof. Peter Bofinger,

Wirtschaftsweiser:

„Der entscheidende Vorteil des Minijobs ist ja die Steuerfreiheit und diese Steuerfreiheit ist natürlich umso attraktiver, je höher mein reguläres Einkommen ist.“

Ganz absurd wird es, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsame Sache machen. Isabelle Andree ist zwar eine 400-Euro-Kraft. Allerdings nicht nur. Beim gleichen Chef hat sie auch eine Hauptbeschäftigung. Minijob und Hauptjob – am gleichen Arbeitsplatz.

O-Töne

Isabelle Andree,

Angestellte:

„Zum einen sehen Sie hier den gelben Ordner, der steht für die VPM Consulting GmbH, was so viel wie die Muttergesellschaft ist und der repräsentiert meine Haupttätigkeit und zum anderen gibt es da auch noch den blauen Ordner, das ist dann die DMK Projektplan GmbH, das ist dann meine Nebenbeschäftigung. Ist auch ein bisschen kleiner – sieht man ja.“

Panorama:

„Das heißt, das ist Ihr 400-Euro-Job?“

Isabelle Andree,

Angestellte:

„Genau so ist es, ja!“

400 Euro ohne Steuern und Abgaben - obwohl Isabelle Andree schon eine reguläre Arbeit hat. Auch für ihren Chef ist der Doppeljob praktisch. Dank ihres staatlich geförderten 400-Euro-Jobs haben sich Debatten über Gehaltserhöhung erledigt.

O-Ton

Thomas Mehmel-Kösters,
Unternehmer:

„Wir halten uns auf dem Boden des Gesetzes und wir nutzen diese Möglichkeiten zugunsten unserer Mitarbeiter aus und ich denke, das ist vollkommen legitim.“

Die Anzahl derjenigen, die neben einer regulären Arbeit noch mit einem Minijob etwas dazuverdienen, ist rasant gewachsen: Der Staat subventioniert inzwischen 2,3 Mio. regulär Beschäftigten den zusätzlichen Minijob.

O-Ton

Prof. Gerhard Bosch,
Wirtschaftssoziologe:

„Das ist überhaupt nicht zu verstehen. Das sind Beschäftigte, die schon einen Job haben. Die haben die Möglichkeit einer Zusatztätigkeit unter besonders günstigen Bedingungen. Da hätte man doch besser mehr tun sollen für diejenigen, die noch keine Tätigkeit haben und deren Einstieg und deren Aufstieg in das Berufsleben zu fördern.“

O-Ton

Ursula von der Leyen, CDU
Bundesarbeitsministerin:

„Ein teures Arbeitsmarktinstrument, das oft von den Falschen genutzt wird - Unternehmen sparen Lohnkosten, Gutverdiener sparen Steuern und andere lassen sich ihren Zweitjob vergolden.“

Verantwortlich für das fragwürdige Minijobprogramm ist die Arbeitsministerin, Ursula von der Leyen. Ein Interview hat sie schriftlich abgelehnt, deshalb fragen wir am Rand eines Parteitages nach, ob sie das Programm wegen der schweren Mängel abschaffen will. Ihre Ausrede: Das stehe nicht auf der politischen Tagesordnung.

O-Töne

Panorama:

„Wollen sie die Subventionierung von 400-Euro-Jobs abschaffen?“

Ursula von der Leyen, CDU
Bundesarbeitsministerin:

„Es steht keinerlei Gesetzesvorhaben im Raum. Keinerlei. Ich weiß nicht, welchen Hinweis Sie haben, aber aus dem Bundesarbeitsministerium gibt es da keinen Hinweis.“

Panorama:

„Aber ist es denn sinnvoll?“

O-Ton

Prof. Peter Bofinger,
Wirtschaftsweiser:

„Der 400-Euro-Job ist die unsinnigste Subvention, die man sich vorstellen kann, denn es wird damit Teilzeitarbeit anstelle von Vollzeitarbeit gefördert und es werden davon vor

allem Menschen mit höherem Einkommen gefördert und nicht Menschen mit niedrigem Einkommen.“

Bericht: T. Anthony, A. L. Kraus, N. Müller, M. Rudolph, J. Starkebaum

Schnitt: M. Klindworth, U. Jochmann